



Bildung wurzelt in der frühen Kindheit

Margit Jung in der Landtagsdebatte zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes

Am 17. Juni hat der Thüringer Landtag mit deutlicher Mehrheit die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes beschlossen. In der Debatte hatte für die Linksfraktion deren familienpolitische Sprecherin Margit Jung das Wort ergriffen. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll:

„Pro und Kontra zum Landeserziehungsgeld werden in Thüringen seit zehn Jahren diskutiert. Wir haben als Linke nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir, wenn wir in Verantwortung kommen, dieses Landeserziehungsgeld abschaffen wollen.

Aus den schriftlichen Stellungnahmen wird aber auch deutlich, die freiwerdenden Finanzmittel in Strukturen zu investieren, die frühkindliche Bildung ermöglichen, wie vom Gemeinde- und Städtebund oder auch vom DGB dargelegt. Dieser Meinung schließen wir uns an und halten es für wesentlich sinnvoller, dass diese Gelder im Landeshaushalt für familien- und bildungspolitische Leistungen, für die Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten eingesetzt werden.

Seit der Einführung des einkommensunabhängigen Erziehungsgelds kritisieren wir als Linke-Fraktion, dass damit besonders Kindern aus ärmeren Familien erst später in den Genuss der frühkindlichen Bildungsangebote kommen. Ergebnisse der Bildungsforschung belegen, schon in den ersten Lebensjahren werden bei Kindern die

Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernen und damit für gute Entwicklungsteilnahme und Aufstiegschancen gelegt. Durch Sprach- und Wissensvermittlung, verschiedene Angebote von Musik, Kunst und Bewegungserziehung sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung können individuelle Fähigkeiten gefördert werden und besonderer Förderbedarf wird frühzeitig erkannt. So auch das Ergebnis der Studie des deutschen Jugendinstituts und der Universität Dortmund zum Betreuungsgeld/dem Erziehungsgeld auf Bundesebene. 'Alle Bildungsprozesse der Grundschule, der Jugend, des Lebens wurzeln in den Bildungsprozessen der frühen Kindheit', sagt der Erziehungswissenschaftler Jörg Ramseger von der FU Berlin. 'Der benachteiligte Dreijährige', führt er weiter aus, 'ist schon im Kindergarten im Verzug, erst recht mit sechs in der Grundschule. Das Problem beginnt bereits in der ersten Lebenswoche und wächst im ersten Monat, im ersten Jahr. Nicht, weil das Kind arm ist, sondern weil seine Eltern sich ihm nicht zuwenden. Sie sprechen und singen nicht mit ihm, sie reimen oder lachen nicht mit ihm.'

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Alle Eltern kümmern sich nicht, oder was?)

Frau Tasch, das habe ich nicht gesagt. Dann hören Sie mir bitte zu! Ich sprach von Eltern, von ärmeren Eltern oder von Eltern bildungsferner Schichten. Kinder, mit denen nicht gesprochen wird, lernen auch nicht, ordentlich zu sprechen. Kinder, deren Fragen

nicht beantwortet werden, hören auf, Fragen zu stellen. Wem nicht vorgelesen wird, der wird viel schlechter lesen lernen. Die Kinder in dieser Phase nicht zu fördern, ist fatal. Hier muss aus Sicht der Linken die finanzielle Situation dieser Eltern über bessere Hartz-IV-Sätze, eine Grundsicherung und familientaugliche Arbeitsplätze verbessert werden, nicht aber dadurch, dass das Fernbleiben vom Kindergarten belohnt wird.

(Abg. Emde, CDU: Das stimmt ja alles. Was hat das aber mit dem Thema zu tun?)

Aus diesem Grund stellt sich das Thüringer Erziehungsgeld für uns als eine familien- und bildungspolitische Fehlentscheidung dar. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag die Abschaffung auch vereinbart.

(Abg. Tasch, CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Frühkindliche Bildung hat gerade für Kinder von Alleinerziehenden sehr positive Auswirkungen, da u.a. das Armutsrisiko, von dem Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig betroffen sind, durch eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung gesenkt werden kann.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Genau!)

Das ist ein Ergebnis auch der wissenschaftlichen Studie 'Gesamtgesellschaftliche Effekte einer Ganztagsbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden' des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

KOMMENTIERT:

von Rainer Kräuter

Kopfprämien

Zu einem Fall massenhafter, mutmaßlich widerrechtlicher Kündigungen und einer haarsträubenden Taktik, „freiwillige“ Aufhebungsverträge abzuschließen: Ende 2014 hatte die Zeitungsgruppe Thüringen (ZGT, inzwischen Mediengruppe Thüringen, MGT) über ein Tochterunternehmen Teile des insolventen CMAC-Verlags (Erfurt) gekauft und dessen Vertriebs-, Logistik- und Beilagen-geschäft übernommen, darunter das Anzeigenblatt „Die Hallos“. Die zu diesem Zweck neu gegründete „INKO Logistik GmbH“, eine 100-prozentige Tochter der ZGT, verpflichtete sich, einen Teil der Mitarbeiter im Rahmen eines Betriebsübergangs zu übernehmen. Die Arbeitsverträge sollten entsprechend der gesetzlichen Regelungen fortgelten.

Obwohl bei Betriebsübernahme die Arbeitsverhältnisse für ein Jahr unkündbar sind, wurde die übernommene Belegschaft bereits nach fünf Monaten – nach Auffassung der Geschäftsführung fristgerecht – gekündigt. Den Gekündigten wurde eine einmalige Prämienzahlung angeboten. Wollte man hier gerechtfertigten Kündigungsschutzklagen mit vergleichsweise geringem finanziellem Einsatz vorbeugen? Mir liegen zudem Informationen vor, wonach die Kunden der INKO Logistik in ein anderes Tochterunternehmen der ZGT umgeschichtet worden seien und für INKO Logistik keine Aufträge mehr existierten. Schaltet man so die Konkurrenz aus?

Aus den Unterlagen wird ersichtlich, dass offenbar die INKO Logistik-Chefetage mit leitenden Angestellten Prämienzahlungen vereinbart hat, eine Art Kopfprämie für den Abschluss von Aufhebungsverträgen mit den Beschäftigten. Es ist skandalös, wie dieses Unternehmen mit seinen Beschäftigten umgeht. Und man darf gespannt sein, wie in dem einen oder anderen Fall die juristische Entscheidung über solche Praktiken ausfallen wird.

Erneut wird auch deutlich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte nur wirksam schützen und vertreten können, wenn sie sich in Gewerkschaften organisieren sowie Betriebs- und Personalräte wählen. Insofern hoffe ich, dass sich die Beschäftigten der INKO Logistik einen starken Partner suchen, beispielsweise für die Klärung der wichtigen Frage, ob durch die Zeichnung der Aufhebungsverträge eine dreimonatige Sperrfrist für die Zahlung der Transferleistungen durch die Arbeitsämter eintritt.

AKTUELL

Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Thüringen

Den Flüchtlingen in Thüringen soll ein unbürokratischer Zugang zur medizinischen Versorgung ermöglicht werden, so wie es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Die Flüchtlingspolitikerinnen der Koalitionsfraktionen im Landtag, Sabine Berninger (LINKE), Diana Lehmann (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich (Grüne) wollen bis zum Herbst in Zusammenarbeit mit kommunalen Vertretern einen Vorschlag erarbeiten und mit der Landesregierung, der Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und den Leistungsträgern abstimmen. Damit soll eine diskriminierende Praktik beendet werden, die als Ergebnis der repressiven Ausrichtung der bisherigen Flüchtlingspolitik nicht nur erhebliche grundrechtswidrige Ein-

schränkungen beim Zugang zur medizinischen Versorgung bedeutet, sondern auch Verwaltungsaufwand und -kosten generiert, die besser für andere Flüchtlings- und integrationspolitische Maßnahmen verwendet werden sollten.

Kritikern der Gesundheitskarte begegnen die Flüchtlingspolitikerinnen mit den Erfahrungen in Bremen und Hamburg, wo das „Bremer Modell“ seit Jahren angewendet und Flüchtlingen der unkomplizierte Zugang zu den üblichen Kassenleistungen ermöglicht wird. „Hamburg hat vorgerechnet, dass mit der elektronischen Gesundheitskarte eine Ersparnis von etwa 12 Euro je Flüchtling im Monat erzielt wurde, bei erheblicher Erleichterung für die Verwaltung und – am Wichtigsten – einer immensen Verbesserung der Situation für die Flüchtlinge. Objektive

Argumente gegen dieses Vorhaben gibt es nicht, außer dem repressiven Grund, Flüchtlinge weiterhin von diesen Leistungen ausschließen zu wollen“, betonte Sabine Berninger.

Die drei Flüchtlingspolitikerinnen sehen den Freistaat in „einer besonderen Verantwortung, menschenrechtsorientierte Politik umzusetzen. Der ungehinderte Zugang der Flüchtlinge zu medizinischer Versorgung ist dabei ein wichtiger Baustein. Wir sind die erste rot-rot-grüne Koalition und haben erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Chance, tatsächlich umfassend Teilhabechancen für Geflüchtete zu eröffnen. Deshalb dürfen wir uns auch nicht mit Blick auf die vage Möglichkeit einer irgendwann vereinbarten Bundesregelung zurücklehnen“, erklärten sie.